IG Metall Berlin

PRESSEMITTEILUNG

An die Berliner Medien

Berlin, 7. Oktober 2025

Pressemitteilung

IG Metall Berlin fordert Ausbildungsplatzumlage für mehr und bessere Ausbildung!

In Berlin liegt der Anteil an ausbildenden Unternehmen mit 15,2 Prozent (bundesweit 18,9 Prozent) und der Anteil von Auszubildenden in den Belegschaften mit 2,1 Prozent (bundesweit 4,1 Prozent) niedriger als im Bundesdurchschnitt.

„Wenn wir mehr und bessere Ausbildung in Berlin wollen, geht es nicht ohne eine Ausbildungsplatzumlage“, so **Philipp Singer**, kommissarischer Erster Bevollmächtigter IG Metall Berlin. „Die Quote der angebotenen Ausbildungsplätze liegt in Berlin deutlich niedriger als im Rest der Bundesrepublik. Wer ausbildet, wird durch die Ausbildungsplatzumlage nicht bestraft, wie es der UVB darstellt. Alle haben verstanden, dass wir einen immensen Fachkräftemangel haben. Es kann nicht sein, dass die ausbildenden Unternehmen nicht unterstützt werden. Wir erleben in Berlin, dass oft im Handwerk ausgebildet wird, dort die Kosten getragen werden – und dann die ausgebildeten Fachkräfte in die besser zahlende Industrie wechseln. Ich fordere den Arbeitgeberverband auf, soziale Verantwortung zu übernehmen.“

Bei der geforderten Ausbildungsplatzumlage geht es darum, dass Unternehmen einen gewissen Prozentsatz ihrer Bruttolohnsumme in einen Fonds einzahlen sollen. Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten, können dann aus diesem Fonds Geld für die Ausbildungskosten bekommen. Ziel ist es, mit der Regelung Unternehmen dazu zu bewegen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und vor allem die Qualität der Ausbildung zu steigern.

„Das Geld aus der Umlage kommt gerade den Unternehmen zugute, die ausbilden“, erklärt **Jakob Heidenreich**, Jugendsekretär der IG Metall Berlin. „Wer ausbildet, bekommt durch die Ausbildungsplatzumlage einen Zuschuss, der beispielsweise durch mehr Personal und moderne Maschinen die Qualität und damit auch die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigert.“

IG Metall Berlin, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, www.igmetall-berlin.de,
Erster Bevollmächtigter (komm.): Philipp Singer, philipp.singer@igmetall.de, Telefon: 030 253 87 103

IG Metall Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Die IG Metall Berlin begrüßt den von Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) im April vorgelegten Gesetzentwurf zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. CDU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, bis Ende 2025 in Berlin 2.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Insgesamt sollen dann 34.535 junge Menschen in Berlin eine betriebliche Ausbildung absolvieren können.

Wird dieses Ziel nicht erreicht, sieht der Koalitionsvertrag die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage vor. Mit dem Gesetzgebungsverfahren schafft der Senat die Grundlage, um im Bedarfsfall zügig handeln zu können. Der Senat könnte den Gesetzentwurf bis Ende 2025 oder Anfang 2026 beschließen. Sollte das Ausbildungsziel bis dahin nicht erreicht sein, wäre das Parlament gefragt, das Gesetz noch vor der Sommerpause in Kraft zu setzen.

Ob das Ausbildungsziel erreicht wird, ist ungewiss. Der Berliner Ausbildungsmarkt steht weiter unter Druck: Im Jahr 2024 blieben mehr als 3.700 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0177 59 63 859, aw@aweingart.de

Hintergrund:

Was ist die Ausbildungsplatzumlage?

Kern des Konzepts ist ein gemeinsamer Fonds, in den alle größeren Betriebe einzahlen. Ausgenommen sind sehr kleine Unternehmen und Branchen mit eigenen Umlageregelungen. Betriebe, die ausbilden, erhalten einen finanziellen Ausgleich aus dem Fonds. So wird die Ausbildung gefördert – und ein fairer Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben geschaffen. Bremen nutzt dieses Modell bereits erfolgreich. Berlin könnte nachziehen.